

# **Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2015**

**Ratssitzung, 17.12.14**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zimmermann,  
sehr geehrte Frau Kämmerin Noll,  
sehr geehrte Damen und Herren aus Rat und Verwaltung,  
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bevor ich mich dem Haushalt 2015 näher zuwende, möchte ich der Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein, Frau Sabine Noll, dem Kämmereileiter Guido Krämer und allen, die mit der Aufstellung des Haushaltsentwurfes befasst waren, unseren Dank aussprechen.

In diesem Jahr gilt dies umso mehr, da neben der regulären Arbeit in der Kämmerei zusätzlich die Abschlüsse der Haushaltsjahre 2008 bis 2012 aufgestellt und so „ganz nebenbei“ auch noch ein Nachtragshaushalt zum laufenden Jahr 2014 eingebracht wurde. Alles zusammen eine Leistung, die nicht unbedingt zum alltäglichen Verwaltungsgeschäft gehört und umfangreichen Einsatz der Beteiligten erfordert hat.

Hierfür nochmals unseren Dank.

## **Nun zum eigentlichen Haushaltsentwurf 2015:**

Die von Bürgermeister und allen Ratsfraktionen im Jahr 2012 beschlossene Senkung des örtlichen Gewerbesteuerhebesatzes auf den niedrigsten Wert in NRW hat sich als richtig erwiesen.

Die Einnahmeseite des städtischen Haushaltes hat sich bis zuletzt - und zwar deutlich über alle Erwartungen hinaus - positiv entwickelt.

Jedoch gehört die Ausgabenseite genauso zum Haushalt. Noch heute habe ich die mahnenden Worte unseres ehemaligen Kämmers Max Hermann im Ohr, der zu einer vernünftigen Ausgabenpolitik und Bescheidenheit geraten hat. Galt es damals, nicht mehr an neuen Kosten zu verursachen, als man Zinsausgaben durch die Schuldenfreiheit eingespart hatte, so scheinen hierfür heute keine festen Regeln mehr zu gelten.

Ich werde in meinen Ausführungen nicht auf alle Details des Haushaltsentwurfes 2015 eingehen, sondern nur einige, für uns wesentliche, Aspekte ansprechen.

### **Wichtige Investitionen in die Zukunft sind kreditfinanziert oder laufen in die falsche Richtung**

Der Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes ist eine richtige Entscheidung für Monheims Zukunft. Die Kosten liegen bei rd. 20 Mio. € und sollen zur Hälfte aus dem Haushalt und zur Hälfte Kreditfinanziert werden. Nachdem die Haushaltsjahre 2010 und 2011 rd. 70 Mio € besser abgeschlossen haben, als geplant, wäre es sinnvoll gewesen, diese Investition komplett aus dem Haushalt und ohne Schulden zu finanzieren. Leider wurde dem Rat die Beschlussvorlage hierzu nicht im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgelegt, was aus unserer Sicht zu einer vernünftigen Beratung notwendig gewesen wäre.

Der Umbau der Monheimer Feuer- und Rettungswache wird mit rd. 19 Mio. € die zweite größere Investitionen im kommenden Jahr sein. Ich möchte hier nicht erneut in die breit geführte Diskussion über diese Maßnahme einsteigen. Die CDU hat sich immer für einen Neubau der Feuerwache und gegen einen jahrelangen Um- und Ausbau eingesetzt.

Auch hat sich die CDU für einen Neubau des städtischen Betriebshofes ausgesprochen. Dieser sollte im Sinne der Sache als Zweckbau und nicht als 4,7 Mio. € teurer Umbau eines Filmstudios erfolgen.

Insgesamt werden alleine mit diesen drei Projekten 23,7 Mio. € für in unseren Augen nicht richtungsweisende Maßnahmen verwendet und 10 Mio. € fragwürdig über Schulden finanziert.

### **Verbale Luftblasen aus dem Sommer 2014 nicht etatisiert**

In der Sommerpause befeuerte der Bürgermeister fleißig die örtliche Presse mit Überschriften wie:

- Neugründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft
- Kauf von 1000 LEG Wohnungen als erster Schritt
- Übernahme aller Landstraßen in städtischen Besitz

All dies mag Nährstoff verschiedener Diskussionen gewesen sein.

Wer aber nun gedacht hat, für diese Maßnahmen irgendeinen Ansatz im Haushalt 2015 oder in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2018 zu finden wird enttäuscht. Als wir innerhalb der Haushaltsplanberatungen ein extra Konzept für eine zukunftsweisende Gestaltung der Hermann-Gmeiner-Schule forderten, war dies dem Gedankengang geschuldet, zuerst den öffentlichen Flächenbedarf für diese Einrichtung festzulegen, bevor der Bürgermeister wie angekündigt eventuell benötigte Flächen für sein Leuchtturmprojekt im städtischen Wohnungsbau verwendet. Hier wurde uns schlussendlich mitgeteilt, dass man ruhig die allgemeine langfristige Schulentwicklungsplanung abwarten könne, da irgendwelche kurzfristige Wohnbaumaßnahmen nicht zu erwarten seien. Warum dann diese Luftblase in der Sommerpause? Wollte man mit diesen verbalen Luftblasen von den wirklichen Themen, wie z.B. dem Verkehrschaos in der Monheimer Innenstadt ablenken?

### **Generationenübergreifende Politik**

Auf Antrag der CDU wurde die Einbettung der Seniorenpolitik in den politischen Alltag durch die Auflösung des Seniorenbeirates und an seiner statt die Gründung des Ausschusses für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung auf den Weg gebracht. Beides ist nun umgesetzt. Jetzt geht es darum, zu beweisen, dass der Zusatz „Generationen“, nicht nur auf dem Papier gut aussieht, sondern auch gelebt wird. Da wundert es uns schon sehr, wenn der Antrag, 30.000 € für ein Demographiekonzept in den Haushalt einzustellen, eine rd. einstündige Diskussion nach sich zieht. Dabei zählt der demografische Wandel zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Zu guter Letzt musste Peto in dieser Frage von allen anderen politischen Kräften im Ausschuss überstimmt werden.

Ohne Frage werden im Rahmen der Inklusion umfangreiche Mittel aufgewendet, um möglichst allen Einwohnern die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen - und das ist auch gut so.

Wenn nun aber Peto denkt, mit den Aufwendungen im Bereich der Inklusion das gesamte Feld der Seniorenpolitik abgedeckt zu haben und sich nicht weiter um die ältere Generation kümmern zu müssen, so ist das ganz klar nicht unsere Auffassung!

In diesen Kontext passt auch die von der CDU immer wieder geforderte Einrichtung einer nicht kommerziellen Stadthalle. Sei es in der alten Shell Fassabfüllhalle oder an anderer zentraler Stelle. Könnte sie doch zum Mittelpunkt für Monheims kulturelles Leben werden. Anscheinend kann die [Generation] Peto hiermit einfach nichts anfangen.

### **Monheim sicher gestalten**

Im Hauptausschuss hat die CDU die Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) um 4 weitere Stellen gefordert. Peto wollte hier lediglich 25.000 € mehr etatisieren. Diese Etaterhöhung lehnen wir zwar nicht ab, jedoch bringt sie unserer Meinung nach nicht die gewünschte Verbesserung. Diese ist nur durch weitere Stellen in diesem Bereich zu gewährleisten. Der KOD wird erst dann zur Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beitragen, wenn er durch regelmäßige Präsenz in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Der Bürgermeister hat hierzu im Hauptausschuss ausgeführt: „Monheim sei die Hauptstadt des Kindes und nicht des KOD“ und deshalb sei ein Ausbau nicht notwendig.

Herr Bürgermeister: Die CDU hat den Grundstein für die Hauptstadt des Kindes gelegt und braucht von Ihnen sicherlich keine Nachhilfe in diesem Thema. Ja, die CDU ist für die Hauptstadt des Kindes - und zwar für eine, in der sich Eltern, Großeltern und Kinder sicher fühlen können!

### **Öffentliche Gebühren mit Augenmaß festsetzen**

Die CDU hat im Hafi beantragt, die Beitragssätze für die Umlage von Straßensanierungen von derzeit 75 % auf 50 % für Fahrbahnen bzw. 60 % für Gehwege zu senken. Dies haben wir im Rahmen der allgemeinen Gebührendiskussion zum Haushaltsplan beraten und nicht etwa anhand konkreter Sanierungsfälle. Es ist keiner Bürgerin und keinem Bürger zu erklären, dass in Monheim auch ohne Nothaushalt deutlich über dem Kreisdurchschnitt liegende Sätze veranschlagt werden sollen. Peto meint, dass eine Beitragssenkung zu Lasten der Allgemeinheit ginge und lehnt diese ab. Auch hier tritt eine fundamental unterschiedliche Weltanschauung zu Tage.

## **Personalkostensteigerung auf Rekordniveau**

Zum Ende der Amtszeit von Bürgermeister Dr. Dünchheim lagen die Personalkosten bei rd. 16 Mio. €. Nun haben sie sich auf einen Rekordwert von fast 30 Mio. € nahezu verdoppelt!

Hier sind zwar die Mitarbeiter aus Bücherei und Betriebshof wieder eingerechnet, was aber nur ca. 2,5 Mio. € ausmacht. Bleibt eine Steigerung von rd. 11,5 Mio € in sieben Jahren.

## **Insgesamt sollen in 2015 rund 34 neue Stellen eingerichtet werden.**

Gegen einen geringfügigen Mehraufwand im Bereich der Feuerwehr kann keiner etwas haben, geht es doch um unser aller Sicherheit.

Weitere 8,3 Stellen entfallen auf den Bereich Jugend und stärken die Zielerreichung „Hauptstadt des Kindes“. Auch das mag noch gerechtfertigt sein.

Weitere Stellen werden im Klimamanagement, in der Wirtschaftsförderung, im Sojus, in der Vollstreckung, im Tourismusmanagement und Citymanagement geschaffen. Für alle Funktionen mag es plausible Erklärungen geben, jedoch kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt jegliches Augenmaß verloren gegangen ist.

Dies wird insbesondere bei den zwei zusätzlichen Stellen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit deutlich. Bereits im letzten Jahr haben wir die Einstellung eines Pressesprechers kritisiert. Dies nun aber noch weiter auszubauen, sprengt jeden normalen Rahmen.

Ob noch eine Kontrolle von Politik und Verwaltung durch eine freie Presse gewährleistet ist, wenn künftig gleich zwei ehemalige Lokalredakteure auf der Gehaltsliste des Bürgermeisters stehen und die freie Presse auf nur noch eine Tageszeitung geschrumpft ist bleibt [- auch wenn letztere Entwicklung nicht von der Stadt beeinflusst ist -] kritisch zu beobachten.

Ungeachtet dessen, frage ich mich nach der Selbstwahrnehmung von Bürgermeister und Peto. So gibt es doch nur wenige Kleinstadtbürgermeister, die annähernd häufig im Mittelpunkt von Funk und Fernsehen stehen.

Herr Zimmermann, muss der Steuerzahler wirklich zwei zusätzliche Stellen für ihre Öffentlichkeitsarbeit berappen, wenn die überregionale Medienlandschaft ohnehin regelmäßig bei Ihnen aufschlägt?

Unabhängig von diesen Punkten fällt ein Ungleichgewicht bei den neuen Stellen auf. Ob Klimamanager, Fassadenmanager, Fahrradmanagerin, Citymanager oder Tourismusmanagerin - wo bleiben eigentlich die Straßenwärter, Grünpfleger oder Sachbearbeiter?

Vor dem Hintergrund, dass der Verwaltung bereits die Entwurfsfassung des neuen Grünflächengutachtens vorliegt und dieses einen deutlich größeren Anteil zu pflegender Flächen ausweisen soll, als alle bisher bekannten Festsetzungen wäre eine Aufstockung beim Betriebshof in jedem Fall angebracht.

Die CDU hätte die Diskussion hierzu in den Haushaltsplanberatungen erwartet. Dass das lange überfällige Gutachten nun erst im kommenden Jahr vorliegen soll, halten wir für einen zumindest denkwürdigen Vorgang.

### **Finanzielle Entwicklung**

Nachdem in Folge der gemeinsam beschlossenen Gewerbesteuersenkungen in 2012, zahlreiche neue Unternehmen angesiedelt und somit die Steuereinnahmen deutlich gesteigert werden konnten, blicken wir nun in eine finanziell sichere Zukunft.

Übrigens hat, die von der CDU im letzten Jahr geforderte und gemeinsam beschlossen, weitere Senkung der Grundsteuer B nicht zu den angekündigten Mindereinnahmen geführt, sondern auch hier sind die Einnahmen gestiegen.

Da nicht zu erwarten ist, dass sich gleich zahlreiche Unternehmen von Monheim abwenden werden und uns sogar Hannelore Krafts dreister Griff in die Stadtkasse nichts anhaben kann, ist davon auszugehen, dass wir in Zukunft jährlich rd. 8 bis 10 Mio. € Haushaltsüberschuss erwirtschaften werden. Nun gilt es folgende Punkte zu beachten:

- Da auf dem Finanzmarkt kaum Zinsen zu erzielen sind, gilt es die Überschüsse investiv anzulegen.
- Eine unbändige Ausweitung des Stellenplanes ist unbedingt zu vermeiden, da auf diese Weise Verbindlichkeiten für kommende Generationen in Millionenhöhe eingegangen werden.
- Neue Schulden, wie bei der Finanzierung des Glasfasernetzes, dürfen auf keinen Fall gemacht werden. Dabei ist es zweitrangig, ob diese Schulden bei der Stadt selber oder deren Töchtern zu verbuchen sind.
- Die eigene Infrastruktur ist zu ertüchtigen und auszubauen.

## **Fazit**

Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist solide und handwerklich sauber aufgestellt. In so fern nochmals meinen Dank an die Kämmerei.

Die politisch motivierten Ausgaben, für zum Beispiel den Aus- und Umbau der Feuerwache, den Umzug des Betriebshofes in ein Filmstudio sowie die Festsetzung von Personalkosten in Schwindel erregender Höhe weisen allerdings in die falsche Richtung und lassen für die CDU nur eine Entscheidung zu:

die CDU-Fraktion lehnt den Haushaltsentwurf und den Stellenplanentwurf für 2015 ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.